

Eyb, Arnulf

CDU

Wahlkreis 21

WAHLPRÜFSTEIN 1 Landwirtschaft- Fördern

Aussage:

Deutschland steht weltweit an dritter Stelle bei den Agrarexporten und auch Agrarimporten (lt. Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt, 2018). Sich in diesem internationalen Handel zu behaupten spielt für die konventionelle Landwirtschaft eine übergeordnete Rolle. Unsere Hohenloher Landwirte können mit den niedrigen Weltmarktpreisen kaum mithalten. Immer höhere Erträge bei immer niedrigeren Preisen und begrenzten Flächen – das ist schlecht für die Bauern. Die Politik des „Wachsen oder Weichen“ – besonders vom Bauernverband propagiert – und die fragliche Subventionspolitik der EU, hat schon zu viele Landwirte zum „aufhören“ gezwungen oder in enorme Schuldenzwänge gebracht. Unsere Bauern erwarten vollkommen berechtigt klare und verlässliche Perspektiven!

Viele BürgerInnen wünschen sich gesunde Nahrungsmittel und zum Schutz der Umwelt eine Förderung der biologischen Landwirtschaft – auch zum Wohl der Landwirte.

Fakt:

Unsere Region „Nördlicher Landkreis SHA“ wird häufig als Keimzelle des biologisch-dynamischen und biologisch-organischen Anbaus in Deutschland bezeichnet. Viele der ältesten Demeter-Betriebe Deutschlands wirtschaften hier. Immer noch gibt es eine sehr große Dichte an Biobetrieben.

- Das erklärte Ziel der Bio-Musterregion ist: „Mehr Bio“ für und aus Baden-Württemberg bzw. für und aus unserer Region Hohenlohe.
- Das Ergebnis der bisherigen Agrarpolitik in Hohenlohe vor allem im nordöstlichen Teil des Landkreises SHA ist: enormes „Bauernsterben“, Bau zahlreicher Masttierställe für die industrielle Tierhaltung [bevorzugtes Bauen], extreme Tierdichte, Verschuldung, Landverknappung, massiver Anstieg der Pachtpreise, intensive Landnutzung, hoher Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, Verlust von Kleinbiotopen, Hecken, Säumen, Brachflächen usw.

Fragen:

- (1) Wie stehen Sie zur Bio-Musterregion-Hohenlohe?
- (2) Woran fehlt es Ihrer Meinung nach, damit aus der „Bio-Musterregion“ eine „mustergültige Bio-Region“ wird? Durch welche Maßnahmen wollen Sie diese politisch fördern?
- (3) Wenn Sie es könnten: Wie würden Sie die Agrar-Subventionen an Ihre Hohenloher Bauern verteilen?
- (4) Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das Höfe-Sterben gestoppt wird?

Antwort:

Prinzipiell begrüße ich es, dass es 2019 gelungen ist, im zweiten Anlauf die landkreisübergreifende Bio-Musterregion Hohenlohe zu etablieren. Dies war sowohl aus politischen und ökonomischen aber auch aus ökologischen Gründen ein wichtiger Schritt. Einzelne Projekte können besser bekannt gemacht, vermarktet und gefördert werden, wenn es den Überbau der Musterregion gibt. Auch für das Image, den Bekanntheitsgrad und die touristische Attraktivität Hohenlohes ist die Musterregion ein Gewinn, auch wenn es in erster

Linie um ein Bewusstsein für nachhaltige Denk- und Produktionsweisen und um neue Vermarktungspotentiale geht. Bei der Vermarktung der Marke „Hohenlohe“ sehe ich auch in diesem Zusammenhang noch Möglichkeiten der Optimierung und Ansatzpunkte für politische Förderung.

Eines ist mir in diesem Kontext aber besonders wichtig: Die ökologische Landwirtschaft darf nicht als Gegensatz zur konventionellen Landwirtschaft verstanden bzw. propagiert werden. Dagegen verwehre ich mich explizit. Beide Formen der Bewirtschaftung bzw. Tierhaltung sind auch zukünftig notwendig, haben ihre Existenzberechtigung und müssen den Landwirten ein vernünftiges Auskommen sichern. Es ist weder sinnvoll noch darstellbar, dass alle Bäuerinnen und Bauern auf „öko“ umsteigen. Manche Bürgerinnen und Bürger mögen sich dies anders wünschen, an der Realität unseres Konsumverhaltens und an betriebswirtschaftlichen bzw. marktinduzierten Sachzwängen geht ein solcher Wunsch aber schlichtweg vorbei. Der Mix aus verschiedenen Sparten und Branchen stellt m.E. das tragfähigste Modell für die Zukunft der Landwirtschaft dar. Von der lange Zeit propagierten absoluten Exportorientierung müssen wieder weg kommen, das schadet sowohl den Zielländern als auch der Landwirtschaft hier.

Den Verteilungsmodus der EU-Agrarsubventionen würde ich gerne ändern: Wenn es der Politik ernst ist, mit dem Wunsch, regionale kleinteilige Strukturen vor Ort zu erhalten, müssen die im europäischen Vergleich „kleinen“ bzw. mittleren Betriebe stärker gefördert werden als die Agro-Industrie.

WAHLPRÜFSTEIN 2

Landwirtschaft – wohin ?

Aussage:

Hohenlohe ist das baden-württembergische Zentrum der konventionellen, intensiven Landwirtschaft mit einer sehr hohen Tierdichte (Massentierhaltung), einer intensiven Landnutzung für Futtermittel und Energiepflanzen (Biogasanlagen) verbunden mit einem hohen Einsatz von chemischen Produktionsmitteln (Pestizide) und auch von chemisch-synthetischen Düngemitteln (Kunstdünger) sowie Gülle. Gülle aus der industriellen Massentierhaltung enthält oft Rückstände: Tierarzneimittel wie Antibiotika oder Wurmmittel, Multiresistente Keime, Metalle, Nitrat, Phosphat, Ammoniak. Dies stellt für unsere Hohenloher Umwelt eine enorme Belastung dar.

Fakt:

In einer Pressemitteilung des statistischen Landesamtes BW aus dem Jahr 2016 wird unser Landkreis SHA als die „Schweinehochburg“ des Landes Baden-Württemberg bezeichnet, auf den mehr als ein Fünftel des gesamten Schweinebestands entfällt (424.418 Schweine).

Der Landkreis SHA ist auch bei der Haltung von Geflügel Spitzenreiter: mehr als die Hälfte des „Sonstigen Geflügels“ in Baden-Württemberg wird bei uns gehalten (allein 659.985 Puten)!

Eine regionale Dominanz, die sich so bei keiner anderen Tierkategorie wiederholt.

Entscheidend gefordert beim Umbau unserer Landwirtschaft ist die Politik. Ohne konsequente Lenkungsmaßnahmen, die heute noch die „Massenfleischproduktion“ mit den bekannten ökologischen Negativeffekten begünstigen, sind kaum Veränderungen zu erwarten.

Frage:

- (5) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass die Tierzahlen pro Fläche reduziert werden?
- (6) In welche Richtung muss sich Ihrer Meinung nach die Landwirtschaft in Bezug auf Tierdichte, Ackerbau und Landschaftspflege hier in Hohenlohe entwickeln?

Antwort:

Hier habe ich eine ganz klare Haltung: Ich begrüße jede Anpassung zu Gunsten von Tierwohl und Ökologie - vorausgesetzt, die Landwirte erhalten dafür eine ernstzunehmende finanzielle Kompensation. Entweder direkt über den Verbraucher an der Kasse oder mittelbar über den Steuerzahler. Wir als Gesellschaft müssen uns endlich klar werden, was uns Tierschutz und eine intakte Umwelt wert sind. Wir kommen an diesem Punkt nur gemeinsam mit den Landwirten weiter. Es hilft nichts, der Landwirtschaft die Alleinverantwortung für die Folgen unseres Lebensstils und unserer Essgewohnheiten zuzuschieben. Auch der Lebensmitteleinzelhandel muss sich seiner Rolle und Verantwortung bewusst werden bzw. von der Politik stärker in die Pflicht genommen werden. Ein konkretes Beispiel: Ich bin überzeugt, dass z.B. jeder Landwirt bereit wäre, seinen Tierbestand um ein Drittel zu reduzieren, wenn sein Einkommen im Gegenzug entsprechend steigen würde.

WAHLPRÜFSTEIN 3

Hohenloher Luft

Aussage:

Nicht Baden-Württembergs Großstädte – nein – unser Landkreis Schwäbisch Hall hat die höchste Feinstaubbelastung (846 t/a) und auch die höchsten Gesamtstaub-Emissionen (1.289 t/a) im ganzen Land. Auch bei den Emissionen von Ammoniak (5.021 t/a) liegt unser Landkreis in BW ganz vorne. Dies sind leider keine Fake-News, sondern basieren auf dem am 31. Januar 2017 veröffentlichten Emissionskataster 2014 der staatlichen LUBW (Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg).

Fakt:

Als Ursache für diese unerwartet hohen Belastungen werden in allen Untersuchungen die „anthropogen beeinflussten biogenen Systeme“ genannt, also die Landwirtschaft und hier vor allem die Massentierhaltung, partiell auch die Biogas-Anlagen. Der Grund: Ammoniak-Ausgasungen aus Gülle verbinden sich in der Atmosphäre mit anderen Gasen und werden so zu Feinstaub.

Erschreckend ist dabei auch, dass neueste medizinische Forschungen aus den Jahren 2017/2020 (The Lancet, JAMA, Deutsches Ärzteblatt) nachgewiesen haben, dass mit einer erhöhten Feinstaubexposition neben des stark erhöhten Krebsrisikos auch ein Anstieg der Demenzerkrankungen und anderen neurodegenerativen Erkrankungen wie Morbus Parkinson assoziiert wird.

Frage:

- (7) Sehen Sie die Notwendigkeit die Belastungen der Luft zu verbessern?
Wenn „JA“ >> welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Antwort:

Im Hinblick auf die Belastung der Luft durch Emissionen aus der Tierhaltung verweise ich auf meine Antwort zu Wahlprüfstein 2.

WAHLPRÜFSTEIN 4

Wasser

Aussage:

„Wenn die Landwirtschaft nicht mit weniger Düngemitteln und Pestiziden auskommt, dann gibt es irreparable Schäden am Grundwasser ...“ Mit solch alarmierenden Aussagen rufen westeuropäische Wasserversorger aus 7 Ländern im Januar 2021 zu mehr Umweltschutz und einem radikalen Umsteuern vor allem in der konventionellen Landwirtschaft auf.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/wasserversorger-warnen-unser-trinkwasser-ist-in-gefahr-100.html>

Auch hier in Hohenlohe werden die Probleme mit der Wasserqualität immer offensichtlicher. Wir beobachten eine immer stärkere Verunreinigung unsere Hohenloher Gewässer Jagst, Kocher, Blaubach und Brettach.

Durch die Intensiv- oder Massentierhaltung geraten Tierarzneimittel, Pestizide, Metalle und Nährstoffe in unsere Flüsse. Einmal in die Umwelt gelangt, bilden sich so regelrechte „Cocktails“ an Substanzen, die empfindliche Ökosysteme wie Flusslandschaften langfristig schädigen.

Zusätzlich ist auch der Klimawandel mit vermehrten Dürreperioden in Hohenlohe deutlich spürbar.

Fakt:

Schaumberge gehören inzwischen zum Alltag auf unseren Flüssen.

Die Artenvielfalt der Gewässer hat massiv abgenommen. Vor wenigen Jahren noch reichlich vorhandene Krebse und Muscheln sind in unseren Flüssen kaum noch zu finden.

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Notwendigkeit, hier in Hohenlohe etwas für eine Verbesserung der Wasserqualität zu tun?

Wenn „JA“ >> für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret einsetzen?

- (9) Haben Sie konkrete Vorschläge, das Problem des Wassermangels anzugehen?



Jagst bei Bächlingen vor Schloß Langenburg / © R. Ziegler

Antwort:

Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine kontinuierliche und immer komplexer werdende Aufgabe - auch für unser Land. In den vergangenen Jahrzehnten sind m.E. durchaus veritable Fortschritte beim Gewässer-, Wasser- und Umweltschutz gemacht worden. Aber auch hier sind wir als gesamte Gesellschaft gefordert und können die Lösung des Problems nicht in die Hände einer einzelnen Branche legen. Aber natürlich muss auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Solange Deutschland sich noch Absurditäten wie den Import von Gülle leisten kann, läuft in meinen Augen etwas falsch. Technologischer Fortschritt und Innovation bei der Wasseraufbereitung sind zudem unverzichtbar, wenn auch kostspielig. Auf der Verursacherseite müssen neben der Landwirtschaft auch die Industrie und Privathaushalte in den Blick genommen werden. Die in meiner Antwort zu Wahlprüfstein 2 formulierten Ansätze

Eyb, Arnulf
CDU
Wahlkreis 21

würden sich ebenfalls positiv auf die Wasserqualität auswirken. Dem perspektivisch drohenden bzw. bereits bestehenden Wassermangel werden wir in erster Linie durch Einspar- und Aufbereitungsmaßnahmen begegnen können.

WAHLPRÜFSTEIN 5

Erneuerbare Energien

Aussage:

Um die Klimaziele zu erreichen, besteht parteienübergreifender Konsens, dass die regenerativen Energien weiter ausgebaut werden müssen.

Fakt:

Der Landkreis SHA leistet bereits heute den größten Beitrag zur Energiewende in Baden-Württemberg:

- Mit 100 bestehenden Windrädern herrscht schon jetzt die größte Dichte im gesamten Südwesten und es sollen nun noch weitere Windräder errichtet werden – vermehrt auch in Staatswäldern.
- Es sollen auch vermehrt Grün- und Ackerflächen für Freiflächen-Photovoltaik geöffnet werden, obwohl Studien sagen, dass bislang nur 10% der Dachflächen zur Stromerzeugung genutzt werden. In Städten ist die Nutzung der Dachflächen zur Stromerzeugung sogar noch geringer.
- In Kupferzell ist ein Megabooster mit riesigen Speicherbatterien als größtes Pilotprojekt weltweit in direkter Siedlungsnähe geplant.

Fragen:

- (10) Wie stehen Sie zu Windkraftanlagen im Wald?
- (11) Halten Sie eine Verdichtung wie auf dem nebenstehenden Foto für Hohenlohe denkbar? Wo ist für Sie die Obergrenze?
- (12) Wie stehen Sie zum Ausbau der Freiflächen- bzw. Agro-Photo-voltaik?
- (13) Können Sie Kriterien nennen, die dabei berücksichtigt werden sollten?
- (14) Wie stehen Sie zur Errichtung einer riesigen Speicherbatterie direkt am Wohngebiet?
- (15) Sollten Ihrer Meinung nach Bürgerinnen bei der Umsetzung der Energiewende beteiligt werden, mitsprechen können und gehört werden?
Wenn „JA“ >> Wie?



Antwort:

Die Gestaltung der Energiewende ist eine politische und gesellschaftliche Mammutaufgabe mit allen damit verbundenen Höhen und Tiefen. Ich halte es für notwendig, hier den Mut zu haben, Neues auszuprobieren, aber auch Fehlentwicklungen entschlossen zu korrigieren.

Welche Maßnahmen im Einzelnen regional jeweils Sinn machen, muss vor Ort und nach Möglichkeit im Konsens bzw. zumindest im Kompromiss mit allen involvierten Akteuren und Betroffenen entschieden werden. Hier sollten wir insbesondere den Kreisen und Kommunen ein gesundes Maß an Eigenverantwortlichkeit zugestehen. Das sollte in meinen Augen auch für den Netzbooster in Kuperzell gelten.

Bei der Windkraft bin ich ein Anhänger der 1000 Meter-Abstandsregelung. Waldflächen sollten m. E. nicht a priori als Standorte ausgeschlossen werden, jedoch sollten bei jedem Projekt die ökologischen Vor- und Nachteile des Eingriffs individuell abgewogen werden.

Freiflächenphotovoltaik halte ich für einen Irrweg, es gibt genügend Dachflächen, die hier vorrangig nachgerüstet werden könnten. Anders verhält es sich mit der Agrophotovoltaik: Wenn eine Doppelnutzung betriebswirtschaftlich und technisch umsetzbar ist, stehe ich diesem Ansatz sehr offen gegenüber - auch wenn hierfür sicher nicht jede Fläche in Frage kommt.

Generell bin ich überzeugt, dass frühzeitige Einbeziehung der Menschen vor Ort und Transparenz in Planung und Kommunikation die Akzeptanz von Maßnahmen erhöht. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Akteure eine gewisse Handlungssicherheit brauchen und gewisse rechtliche Standards gelten und von allen Seiten akzeptiert werden müssen - wenn diese Einsicht schwindet, wird es schwierig, überhaupt noch größere Projekte umzusetzen. Die "not in my backyard"-Einstellung allein bringt uns als Land und als Gesellschaft nicht weiter.

WAHLPRÜFSTEIN 6

Gentechnik

Aussage:

Die Versprechen der Agrarkonzerne, dass der Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen die Erträge auf den Feldern steigern, den Hunger in der Dritten Welt bekämpfen und Pflanzenschutz nahezu überflüssig machen soll, sind verführerisch, ebenso wie Aussagen, dass innovative gentechnologische Verfahren wie die CRISPR/CAS9-Methode große Chancen eröffnen im Hinblick auf Anwendungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen, der Landwirtschaft und der Umwelt.

Fakt:

In der „Naturbewusstseinsstudie 2019“ des Bundesamtes für Naturschutz sprechen sich 81 Prozent der Befragten für ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft aus. Solche Lebensmittel wären in Deutschland folglich weiterhin schlecht verkäuflich.

Die Versprechen, mit gentechnisch veränderten Pflanzen höhere Erträge und weniger Chemie auf den Äckern zu haben oder gar den Hunger zu bekämpfen, haben sich nicht erfüllt. Stattdessen müssen z.T. sogar erheblich mehr Spritzmittel eingesetzt werden. Auch die Entwicklung von Resistenzen bei Beikräutern und Insekten beschleunigt sich. Sogenannte "Nichtzielorganismen" werden gefährdet, die Artenvielfalt im Agrarraum wird weiter reduziert.

Die Ausbreitung transgener Pflanzen allerdings lässt sich nicht begrenzen – denn sind sie einmal in die Umwelt gelangt, verbleiben sie dort für immer.

Frage:

- (16) Wie stehen Sie zum Einsatz von Gentechnik mit dem Ziel, die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern?
- (17) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg keine genveränderten Pflanzen angebaut werden?
- (18) Wie stufen Sie CRISPR/ CaS 9 Pflanzen diesbezüglich ein?
- (19) Werden Sie eine Kennzeichnung von genveränderten Lebensmitteln einfordern?

Antwort:

Beim Thema Gentechnik möchte ich nicht pauschalisieren - dafür ist die Materie schlichtweg zu komplex. Die öffentliche Debatte ist bei diesem Thema zudem maximal emotional aufgeladen und wird in der Regel mehr emotional als rational geführt. "Gentechnik" und "Chemie" in Summe zu verteufeln ist weder zielführend noch entspricht es der faktischen Entwicklung, die sich global abspielt bzw. die sich bereits vollzogen hat. Zunächst müsste einmal definiert werden, was man im Einzelnen unter "Chemie" bzw. "Gentechnik" versteht. Große Teile unseres modernen Lebens und unseres (medizinischen) Fortschritts verdanken wir Entwicklungen und Innovationen aus dem Bereich "Chemie/Gentechnik", ohne dass dies der Mehrheit der Menschen bewusst wäre. Die Impfstoffentwicklung im Zuge der Coronakrise sei hier beispielhaft genannt.

Die Frage, wie weit wir als Gesellschaft in bestimmten wissenschaftlichen bzw. technologischen Forschungsbereichen gehen wollen, ist hochkomplex und ethisch anspruchsvoll. Hier müssen im Einzelfall begründete Abwägungsentscheidungen getroffen werden - weder eine generelle Freigabe noch ein pauschales Verbot halte ich für zielführend.

Problematische Entwicklungen und mono- bzw. oligopolartige Strukturen im internationalen Agrobusiness, die auch ich mit Sorge sehe, scheinen mir eher das Problem als der wissenschaftliche bzw. technologische Fortschritt, den ein einzelnes Bundesland oder eine einzelne Region sowieso nicht aufhalten können wird.

Eine Kennzeichnungspflicht für "genveränderte" Lebensmittel halte ich unabhängig davon für sinnvoll, wobei hier wiederum definiert werden müsste, was unter "genverändert" im Einzelnen verstanden werden soll.

WAHLPRÜFSTEIN 7

Biodiversität

Aussage:

Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES / 455 Autoren aus 50 Ländern) hat 2019 in einer Studie veröffentlicht, dass der fortschreitende Verlust der Biodiversität inzwischen ein Ausmaß erreicht hat, dass die Existenzgrundlagen von Menschen gefährdet.

Fakt:

Wissenschaftliche Zählungen zeigen, dass das Artensterben noch viel dramatischer ausfällt als befürchtet. Lt. IPBES ist damit zu rechnen, dass rund 1 Million Tier- und Pflanzenarten innerhalb der nächsten Jahrzehnte aussterben werden – mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Auch die baden-württembergische Studie der Forschungsstation Randecker Maar (Kirchheim/Teck) hat einen Rückgang der wandernden Insekten auf der Schwäbischen Alb von dramatischen 97 Prozent ergeben (Quelle: Pressemitteilung des Landes Baden-Württemberg vom 29.10.2020).

Fragen:

- (20) Was halten Sie davon, Ergebnisse der Flurbereinigung teilweise wieder rückgängig zu machen, indem Kleinbiotope (Hecken, Sträucher, Mäanderbäche) in landwirtschaftlichen Flächen wieder reaktiviert werden, obwohl dies natürlich auch eine Reduzierung der Anbaufläche mit sich bringt?
- (21) Werden Sie die beschlossenen Maßnahmen des Biodiversitätsstärkungsgesetz weiter umsetzen?

Antwort:

Biodiversität als globales öffentliches Gut geht uns alle an. Ich glaube, diese Erkenntnis ist mittlerweile bei einem relevanten Teil unserer Bevölkerung auch durchgedrungen. Für meine Partei wie für mich persönlich ist die Bewahrung der Schöpfung immer mehr gewesen als eine Floskel oder politische Worthülse. Wie der Erhalt von Biodiversität jedoch konkret realisiert werden kann, ist eine Frage, die sich jede Generation (und auch jede Regierung) immer wieder neu stellen muss.

Anders als bei manch anderen Themen kann man bei der Frage der Biodiversität m.E. auch vor Ort etwas tun. Ich werbe z.B. aus Überzeugung für den auch von dem renommierten Ornithologen Peter Berthold propagierten Ansatz, dass jede Kommune in Baden-Württemberg ihr eigenes Biotop braucht. Damit würden wir einen Biotopverbund, ein "grünes Netz" über unser Land legen, das trotz überschaubarem Aufwand großen ökologischen Nutzen entfaltet. Und dies, ohne wertvolle Ackerflächen in Anspruch zu nehmen - denn in jeder Gemeinde gibt es unattraktive (Brach-)flächen, die für die landwirtschaftliche Nutzung uninteressant sind.

Darüber hinaus haben wir als Landesregierung im vergangenen Jahr mit dem Biodiversitätsstärkungsgesetz (BDSG) eine wichtige Wegmarke bzgl. Nachhaltigkeit und Umweltschutz gesetzt, mit der auch ein Interessensausgleich und ein gesellschaftlicher Kompromiss gefunden wurde. Ich will aber auch betonen, dass Fortschritte beim Artenschutz nur gemeinsam mit der Landwirtschaft gelingen werden, nicht gegen diese. Wie überall in der Politik gibt es auch hier Zielkonflikte, die gelöst werden müssen. Maximaler Artenschutz, der in der Konsequenz dazu führt, dass Obstanbau und Weinbau in Baden-Württemberg keine Zukunft haben, hilft uns nicht weiter und ist mit mir nicht zu machen. Der jetzt mit dem BDSG gefundene Kompromiss sollte m.E. weiterverfolgt werden, muss aber

auch in den kommenden Jahren Bestand haben, denn die betroffenen Winzer, Obstbauern und Landwirte brauchen Planungssicherheit.